



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung der Landarztprämie
(Kap. 14 03 Tit. 681 63)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 14 03 wird der Ansatz im Tit. 681 63 (Landarztprämie) für das Jahr 2026 von 6.913,1 Tsd. Euro um 3.086,9 Tsd. Euro auf 10.000,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 14 03 wird der Ansatz im Tit. 681 63 (Landarztprämie) für das Jahr 2027 von 6.913,1 Tsd. Euro um 3.086,9 Tsd. Euro auf 10.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 14 04 TG 82 eigensparten Mitteln.

Begründung:

Beim letzten Doppelhaushalt wurde die Aussage getroffen, die Mittel für die Landarztprämie seien auskömmlich. Diese Einschätzung ist durch die aktuellen Daten der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns widerlegt. Nach den Beschlüssen des Landesausschusses vom 13.11.2025 liegt bereits heute in zahlreichen Regionen eine Unterversorgung oder drohende Unterversorgung vor.

Für die hausärztliche Versorgung wurden unter anderem folgende Planungsbereiche als unterversorgt oder drohend unterversorgt festgestellt: Kronach Nord und Süd, Bad Neustadt a. d. Saale, Neustadt b. Coburg, Lohr am Main, Gerolzhofen, Scheinfeld, Vils-eck, Ansbach Nord, Feuchtwangen, Wassertrüdingen, Oettingen, Ingolstadt Süd, Hengersberg, Lauingen, Eggenfelden Nord, Moosburg a.d. Isar, Mühldorf am Inn sowie Lindenberg im Allgäu.

Auch bei Fachärzten zeigt sich eine deutliche Unterversorgung, etwa bei Kinder- und Jugendmedizin, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Dermatologie und Neurologie in zahlreichen Landkreisen wie Rhön-Grabfeld, Kronach, Bad Kissingen, Haßberge, Wunsiedel, Lichtenfels, Tirschenreuth, Kitzingen, Weiden/Neustadt a.d. Waldnaab, Cham, Straubing, Freyung-Grafenau, Dingolfing-Landau und Rottal-Inn.

Diese Daten belegen, dass die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, um die Versorgungslücken zu schließen. Besonders deutlich wird, dass es sich bei den betroffenen Planungsbereichen überwiegend um ländliche Regionen handelt, in denen die Niederlassung unattraktiv bleibt und die Wege zu spezialisierten Zentren länger sind. Die Nachfrage nach Landarztprämien übersteigt die bisherigen Ansätze deutlich und die Altersstruktur der Haus- und Fachärzte führt zu einem wachsenden Nachwuchsbedarf. Zahlreiche Praxen stehen kurz vor der Übergabe oder Schließung, wodurch die Versorgungssicherheit gefährdet ist.